DIE LINKE. Berlin  
3. Tagung des 6. Landesparteitages, 25. November 2017

**Antrag D3:  
Antragsteller\*in:** LAG Internationals

**Gegen Repression in Katalonien**

Der Landesparteitag möge beschließen:

DIE LINKE. Berlin verurteilt die Entmachtung der katalanischen Regierung, die Zwangsverwaltung durch die spanische Zentralregierung und die Verhaftungen Katalonischer Regierungsmitglieder.

DIE LINKE.Berlin kritisiert die Bundesregierung und die EU für ihre Rückendeckung der Spanische Regierung in ihre autoritären Verhalten.

Die LINKE Berlin verurteilt, dass die Spanische Regierung Neuwahlen erzwungen hat und bereits angekündigt hat, das Parlament wieder aufzulösen, sollten die Parteien der Unabhängigkeit der Mehrheit am 21. Dezember gewinnen.

Begründung:

Nach Ausrufung der Republik Katalonien am 29. Oktober beschloss der Senat in Madrid die Aussetzung der Autonomie Kataloniens und die Absetzung der Regierung und des Polizeipräsidenten. Inzwischen wurden mehrere Mitglieder der katalanischen Regierung verhaftet bzw. wurden gegen weitere internationale Haftbefehle ausgestellt.

Der Konflikt um den Status Kataloniens hat vielfältige Wurzeln und die Bestrebungen nach einem unabhängigen Staat sind in den vergangenen Jahren insbesondere durch die Weigerung der spanischen Regierungen gegen Verfassungsreformen stark gewachsen. Im Konflikt um den Status Kataloniens geht es auch um demokratische Grundrechte. Die Bewegung für ein Referendum über den Status der Region verbindet sich mit dem Wunsch breiter Teile der Bevölkerung nach mehr sozialer Gerechtigkeit und einem Ende neoliberaler Politik, die die spanischen Regierungen in der Finanz- und Wirtschaftskrise durchgesetzt haben.

Die katalanische Regierung hingegen hat unter dem Druck der Bevölkerung zahlreiche fortschrittliche Gesetze verabschiedet, die der spanische Zentralstaat wieder kassiert hat: Gegen Zwangsräumungen und für Energielieferungen für arme Familien im Winter, für sozialen Wohnungsbau, gegen Fracking und für die Gleichstellung von Frauen am Arbeitsplatz. Im Februar 2017 demonstrierten in Barcelona 300.000 Menschen dafür, dass der spanische Staat mehr Geflüchtete aufnimmt.Die spanische Regierung reagierte auf alle Forderungen und Gesetzinitiativen und das Referendum am 1. Oktober mit Gewalt und Repression.

Die Bundesregierung und die EU dürfen der Regierung Rajoy keinen Blankoscheck für die gewaltsame Niederschlagung des von breiten Teilen der Bevölkerung getragenen Protests erteilen.